



# Resolution zur Verteidigung unserer Freiheit und Volksrechte – Nein zum Unterwerfungsvertrag der EU

verabschiedet durch die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz am 24. Oktober 2020

**Das Institutionelle Abkommen (InstA) zwischen der Schweiz und der EU soll die automatische Gesetzesübernahme und die EU-Gerichtsbarkeit garantieren. Dies verstösst gegen grundsätzliche Werte und Interessen der Schweizer Bürger und der schweizerischen Wirtschaft. Darum lehnt die SVP das InstA entschieden ab. Die Unterzeichnung des InstA wäre staatspolitisch verwerflich. Insbesondere die Verpflichtung zur dynamischen (= automatischen) Rechtsübernahme und die Übernahme der EU-Gerichtsbarkeit sind existenzielle Verstösse gegen unsere Staatsverfassung und verletzen in krasser Weise die jahrhundertealten tragenden Grundwerte der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die auch in der Bundesverfassung verbrieft sind. Das Abkommen missachtet die Unabhängigkeit des Landes, die Rechte des Schweizer Volkes, die Neutralität und den Föderalismus. In Konsequenz gefährdet es die Schweizer Wohlfahrt. Das InstA käme einer Preisgabe der Schweiz gleich.**

## Beurteilung des InstA und Forderungen der SVP

1. **Das InstA führt die Schweiz schleichend in die EU**, ohne dass die Schweiz über einen EU-Beitritt abstimmen kann. Ein solcher Anbindungs- und Unterwerfungsvertrag ist abzulehnen.
2. Durch die Unterzeichnung werden in Zukunft die **Schweizer Wirtschaftspolitik** und Normenfestlegung, die **Schweizer Verkehrspolitik** (Land- und Luftverkehr), die **Schweizer Landwirtschaftspolitik** und die Regelung der **Zuwanderung** inklusive **Arbeitsmarktregulierung** und **Zugang zu den Schweizer Sozialversicherungen in wesentlichen Teilen allein von der EU für unser Land bestimmt** (Art. 2 InstA «Geltungsbereich»). Das ist unhaltbar.
3. Die SVP unterstützt **bilaterale Beziehungen** auch mit der EU. Bedingung ist, dass diese Verträge in gegenseitiger Übereinkunft und im gegenseitigen Interesse abgeschlossen werden. Das InstA verhindert diesen Weg für die Zukunft, indem die EU für die Schweiz Recht setzt, und die Schweiz verpflichtet wird, dieses Recht in der Schweiz zu übernehmen (Art. 5 InstA «Integration von Rechtsakten»). Damit wird der **schweizerische Gesetzgeber** – Volk und Stände für die Verfassung, das Schweizer Volk und das Parlament für Bundesgesetze und die Kantone für ihre kantonale Gesetzgebung – **ausgeschaltet**: Die EU ordnet an, die Schweiz vollzieht. **Das InstA ist die Beseitigung des bilateralen Weges und nicht dessen Fortsetzung.**
4. Seit über 700 Jahren ist in den Gründungsurkunden und schweizerischen Staatverfassungen verankert, dass die Schweiz **keine fremden Richter** akzeptiert. Die Gestaltung und Auslegung der schweizerischen Gesetze ist Sache der Schweiz und nicht des Auslandes. Im InstA ist aber – trotz Schiedsgericht – **letztlich der EuGH die Instanz, die bei Streitigkeiten entscheidet**. Wörtlich ist festgehalten: «Das Urteil des EU-Gerichtshofs ist für das Schiedsgericht verbindlich.» Damit unterwirft sich die Schweiz dem Gericht der Gegenpartei, dem die Unparteilichkeit fehlt (Art. 4 InstA «Grundsatz der einheitlichen Auslegung» und Art. 10 Ziff. 3 InstA). Dies verstösst gegen die schweizerische Unabhängigkeit und ist nicht annehmbar.
5. Das Schweizer Volk fordert die **eigenständige Steuerung der Zuwanderung** und hat deshalb am 9. Februar 2014 einen Verfassungsartikel zur Steuerung der Zuwanderung beschlossen. Die SVP fordert eindringlich die Durchsetzung dieses Artikels. Das InstA bewirkt das Gegenteil: **Die Personenfreizügigkeit wird mit dem InstA entgegen der Bundesverfassung noch ausgebaut**. So will die EU z.B. die Abschaffung der schweizerischen Lohnschutzmassnahmen und schliesst die Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie nicht aus, was dem Verhandlungsmandat des Bundesrates ausdrücklich widerspricht. Eine solche Übernahme als Folgegesetzgebung der Personenfreizügigkeit wäre für die Schweiz sehr nachteilig und würde die Schweiz Milliarden kosten. Die Schweiz darf keine solche untragbaren Verpflichtungen übernehmen.
6. Zudem ist es offensichtlich, dass die Schweiz, wenn sie den Vertrag übernimmt, im Bereich der **Personenfreizügigkeit** und des **Zugangs zu unseren Sozialversicherungen exorbitante Kosten** übernehmen müsste.
7. Das Schweizer Volk fordert die **Ausschaffung krimineller Ausländer** und hat deshalb am 28. November 2010 einen Verfassungsartikel beschlossen, der die Ausweisung von Straftätern verlangt, die rechtskräftig verurteilt wurden. Mit dem InstA würde die Ausschaffung hunderter verurteilter krimineller EU-Bürger in Zukunft verunmöglicht.
8. Der wirtschaftliche Vorteil des InstA wird namentlich von den Grosskonzernen damit begründet, die **Rechtssicherheit** würde durch das InstA erhöht. Die Schweiz würde sich jedoch auf Gedeih und Verderb in grossen Teilen der Rechtssetzung der EU ausliefern, wobei völlig unsicher ist, was in Zukunft noch alles zu übernehmen sein wird. Dies kommt einer **massiven Verschlechterung der Rechtssicherheit** gleich.

- terung der Rechtssicherheit** gleich. Die Erfahrung zeigt, dass der schweizerische Gesetzgeber, der mit dem InstA ausgeschaltet wird, punkto Rechtssicherheit wesentlich zuverlässiger als die EU ist. Dort wo es Sinn macht, können heute Regeln der EU übernommen werden, dort wo es keinen Sinn macht, sollen sie auch nicht übernommen werden. **Die SVP vertraut auf den bewährten schweizerischen Rechtssetzungsprozess**. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Schweiz sind den Rahmenbedingungen der EU überlegen. Man vergleiche nur den EU-Instanzenbeschleunigung, die Höhe der Mehrwertsteuersätze, die Regulierungsdichte, die Minimalbesteuerungsvorgaben, die extensiven EU-Beihilferegulungen usw. Unser Land ist dank schweizerischem Recht bezüglich Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Exportstärke im Waren- und Dienstleistungssektor im Gegensatz zur EU eine der weltweit führenden Nationen. Dasselbe gilt im Bildungsbereich. Die Gründe für unseren Erfolg sind gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, Rechtssicherheit, eine selbstverantwortliche Staatsordnung und die funktionierende Sozialpartnerschaft. Ihre Vorteile hat sich die Schweiz dank ihrer Unabhängigkeit erarbeitet. Es wäre ruinös, diesen Handlungsspielraum mit dem InstA aufzugeben. Das InstA birgt die Gefahr, dass die Schweiz mittelfristig ihre guten Rahmenbedingungen verliert und somit an Wirtschaftskraft einbüsst. Aufgrund einiger weniger wirtschaftlicher Vereinfachungen dürfen zudem fundamentale staatspolitische und bürgerrechtliche Staatsäulen, die sich bewährt haben, nicht über Bord geworfen werden.
9. Die EU verlangt vom Nicht-EU-Mitgliedsland Schweiz periodisch sog. **Kohäsionszahlungen**. Gemäss EU soll dies die «Zutrittsgebühr für den EU-Binnenmarkt» sein (S. 34 InstA, «Gemeinsame Erklärung EU-Schweiz zur Kohäsion»). Eine solche Zutrittsgebühr ist schon aus präjudiziellen Gründen abzulehnen, denn von keinem einzigen Land werden solche Zutrittsgebühren verlangt oder bezahlt. Würden hier seitens der Schweiz durch das InstA solche Zahlungen akzeptiert, müsste die Schweiz aus Äquivalenzgründen dies ebenfalls verlangen. Entsprechend dem höheren Exportvolumen der EU in die Schweiz würden die Zahlungen der EU an die Schweiz die schweizerischen Zahlungen übertreffen.
  10. Sollte es das Schweizer Volk oder das Parlament wagen, die Übernahme einer EU-Bestimmung zu verweigern, sieht das InstA **«Ausgleichsmassnahmen bis hin zur teilweisen oder vollständigen Suspendierung der betroffenen Abkommen»** vor (Art. 10 InstA). Die Schweiz würde somit die EU ermächtigen, **Strafmassnahmen resp. Sanktionen** gegen die Schweiz zu erlassen, wenn das Schweizer Volk oder das Parlament die Übernahme von EU-Recht ablehnen sollte.
  11. Völlig unannehmbar ist die Regelung mit weiteren **Guillotineklauseln**. Statt der angekündigten Abschaffung der Guillotineklausel für die Bilateralen I, sieht das InstA nun Guillotineklauseln nicht nur für die bisherigen Marktzugangsabkommen, sondern auch **für das InstA selbst** vor, sowie **zusätzlich eine Guillotineklausel für alle Abkommen, die die Schweiz später übernehmen muss** (sog. **«Super-Guillotine»**; Art. 22 InstA). Damit wird die Schweiz an die EU gebunden und das InstA definitiv zu einem Unterwerfungsvertrag. Guillotineklauseln dürfen keinesfalls akzeptiert werden.
  12. Das **Verbot der staatlichen Beihilfen im Rahmen des EU-Wettbewerbsrechts** betrifft das gesamte staatliche Handeln der Kantone, der Gemeinden und des Bundes und würde unseren Föderalismus sowie die Kantons- und Gemeindeautonomie vollständig untergraben. Insbesondere kantonale und kommunale Instrumente wie Wirtschaftsförderung, Investitionen in die Wasserkraft oder Staatsgarantien für Kantonalbanken wären betroffen. Gefährdet wird zudem unser eigenes, föderalistisches und demokratisch legitimates **Steuerrecht** auf allen Stufen. Bereits früher versuchte die EU, gestützt auf das Freihandelsabkommen, das schweizerische Steuerrecht als mit dem Freihandelsabkommen unvereinbar zu erklären. Das InstA wird im Lichte der Rechtsprechung des EuGH den Begriff «Beihilfe» neu auch auf einen Teil unseres Steuersystems anwenden. Schliesslich würde der schädliche InstA-Mechanismus in Zukunft auch für das **Schweiz-EU Freihandelsabkommen** zur Anwendung kommen (Präambel und S. 35 InstA).



Die SVP verlangt vom Bundesrat dringend einen **Massnahmenplan** für den Fall, dass die EU der Schweiz wirtschaftliche Retorsionsmassnahmen aufbürdet, falls diese das InstA wegen Unzumutbarkeit ablehnt. Es sind Massnahmen zu erarbeiten, wie dies der Bundesrat beispielhaft mit der Alternativlösung bei Nichtanerkennung der Börsenäquivalenz getan hat. Ebenso fordert die SVP ein **Effizienzsteigerungs- und Revitalisierungsprogramm** für die Schweiz.



Die Schweiz hat ihre **bewährte Wirtschaftspolitik** fortzusetzen. Sie hat dank ihrer Neutralität und ihres geachteten Rechtsstaates mit allen Ländern der Welt **Beziehungen in gegenseitiger Übereinkunft und beidseitigem Interesse**. Für die Zukunft ist Wirtschaftspolitik mit dem bewährten Instrument des Freihandels zu betreiben, wobei die Landes-sicherheit und die Landesversorgung besonders zu beachten sind. Dieser Weg ist fortzusetzen.



Die SVP fordert den Bundesrat auf, diesen Vertragsentwurf weder zu paraphieren noch zu unterzeichnen, sondern zurückzuweisen. Der EU ist freundlich und unmissverständlich darzulegen, dass die Schweiz an guten bilateralen Beziehungen auf Augenhöhe interessiert ist, aber keinen Vertrag unterschreiben kann, der gegen den Zweckartikel der Bundesverfassung verstösst, welcher die **Unabhängigkeit des Landes und die Rechte des Volkes garantiert**.







# Résolution pour la défense de notre liberté et des droits du peuple – non au traité de soumission à l’UE




adopté par l’Assemblée des délégués de l’UDC Suisse le 24 octobre 2020


**L’accord-cadre institutionnel entre la Suisse et l’UE vise à garantir la reprise automatique de droit européen et la subordination de la Suisse à la juridiction de l’UE. Il viole de ce fait des valeurs fondamentales de notre pays et contrevient aux intérêts des citoyennes et citoyens suisses et de l’économie. Voilà pourquoi l’UDC Suisse s’y oppose avec détermination. La signature de ce traité serait un acte politiquement condamnable. En particulier ladite reprise dynamique, donc automatique, de droit UE et la subordination de la Suisse à la juridiction de l’UE s’attaquent à la substance même de la Constitution fédérale et violent de manière flagrante les valeurs fondamentales, anciennes de plusieurs siècles et constitutionnellement garanties de notre système étatique. Ce traité bafoue des principes élémentaires de notre pays comme l’indépendance nationale, les droits du peuple suisse, la neutralité et le fédéralisme. Par conséquent, il met gravement en péril la prospérité de la Suisse. Signer ce traité, c’est abandonner la Suisse et ses institutions.**


## Evaluation de l’accord-cadre institutionnel et exigences de l’UDC

1. **L’accord-cadre institutionnel pousse insidieusement la Suisse dans l’UE**, sans que le peuple suisse ne puisse se prononcer sur une éventuelle adhésion. Un tel traité de rattachement et de soumission doit être refusé.
2. En cas de signature de cet accord, **des parties essentielles de la politique économique** suisse et de la définition de normes économiques, de la **politique des transports** suisse (transports terrestres et aériens), de la **politique agricole** suisse, de la **réglementation de l’immigration** y compris la **régulation du marché du travail** et **l’accès aux assurances sociales suisses** seraient **exclusivement déterminées par l’UE** (art. 2 de l’accord-cadre institutionnel «Champ d’application»). C’est inacceptable.
3. L’UDC soutient le principe des **relations bilatérales**, également avec l’UE. Les accords conclus sur cette base doivent cependant respecter la volonté et les intérêts des deux parties. Or, l’accord-cadre institutionnel ne permettra plus de progresser sur cette voie, car l’UE définira seule des normes juridiques pour la Suisse et la Suisse s’engagera à reprendre ces normes dans son droit (art. 5 «Intégration des actes juridiques»). Le **législateur suisse** – le peuple et les cantons pour la Constitution fédérale, le peuple et le Parlement pour les lois fédérales et les cantons pour les législations cantonales – est ainsi **évincé**. L’UE ordonne et la Suisse exécute. **L’accord-cadre institutionnel constitue en réalité la fin de la voie bilatérale et non pas sa poursuite.**
4. Le principe selon lequel la Suisse **n’accepte pas de juges étrangers** est ancré depuis plus de 700 ans dans les actes de fondation de la Confédération et dans les constitutions fédérales suisses. La création et l’interprétation des lois suisses sont l’affaire de la Suisse et non pas celle de l’étranger. Nonobstant la présence d’un dit tribunal arbitral, **l’accord-cadre institutionnel institue la Cour de justice UE comme dernière instance pour le règlement de litiges**. Il est stipulé textuellement ce qui suit dans l’art. 10: «L’arrêt de la Cour de justice de l’Union européenne lie le tribunal arbitral.» La Suisse se soumet ainsi d’emblée à un tribunal de la partie adverse qui est forcément partial (art. 4 «Principe d’interprétation uniforme» et art. 10 ch. 3). Ces dispositions violent l’indépendance de la Suisse et sont donc inacceptables.
5. Le peuple suisse exige une **gestion autonome de l’immigration** et il a donc accepté le 9 février 2014 un article constitutionnel sur la gestion de l’immigration. L’UDC exige que cet article soit appliqué. L’accord-cadre institutionnel a exactement l’effet inverse: **en violation de la Constitution fédérale, l’accord-cadre institutionnel étend la libre circulation des personnes**. L’UE exige en particulier la suppression du dispositif de protection des salaires suisses et n’exclut pas l’application à la Suisse de sa directive sur la citoyenneté UE, ce qui est en totale opposition avec le mandat de négociation défini par le Conseil fédéral. La reprise obligatoire du développement de la législation UE sur la libre circulation des personnes aurait des conséquences extrêmement négatives pour la Suisse et lui coûterait des milliards de francs. Il est hors de question pour la Suisse d’assumer des obligations aussi insupportables.
6. Il est évident que la Suisse devrait, en cas d’acceptation de l’accord-cadre, assumer des **coûts exorbitants** en raison de **l’extension de la libre circulation des personnes et de l’accès facilité aux assurances sociales**.
7. Le peuple suisse exige le **renvoi des étrangers criminels** et il a donc accepté le 28 novembre 2010 un article constitutionnel qui impose l’expulsion de ressortissants étrangers criminels qui ont été condamnés définitivement. La signature de l’accord-cadre institutionnel empêcherait l’expulsion de centaines de criminels condamnés originaires de pays membres de l’UE.
8. Les grands groupes industriels soutiennent l’accord-cadre institutionnel en affirmant qu’il accroît la sécurité du droit, ce qui est un avantage économique. Or, c’est le contraire qui est vrai. La Suisse se livrerait pieds et poings liés à l’UE en se soumettant à des parties importantes de la législation européenne sans savoir exactement quelles dispositions elle devra à l’avenir reprendre à son compte.

- On assisterait donc en réalité à une détérioration massive de la sécurité du droit.** L’expérience prouve que le législateur suisse est nettement plus fiable en termes de sécurité du droit que l’UE. Or, il serait évincé par l’accord-cadre. La Suisse peut reprendre des règles UE quand cela a du sens, mais elle doit y renoncer dans les autres cas. **L’UDC fait confiance au processus législatif suisse qui a fait la preuve de son efficacité.** Les conditions-cadres économiques de la Suisse sont largement plus avantageuses que celles de l’UE. Il suffit de songer à la jungle des instances UE, au niveau des taux de TVA, à la densité régulatrice, aux exigences en termes d’imposition minimale, à la réglementation extensive des aides publiques, etc. C’est grâce à son système législatif particulier que la Suisse est – contrairement à l’UE – une des nations leaders du monde en termes d’innovation, de compétitivité et de capacité exportatrice de marchandises et de services. Le même constat vaut pour le secteur de la formation. Le succès de la Suisse s’explique par ses bonnes conditions-cadres économiques, sa sécurité du droit, son régime étatique misant sur la responsabilité individuelle et un partenariat social efficace. Ces avantages, la Suisse a pu les acquérir grâce à son indépendance. Elle se ruinerait en renonçant à cette marge de manœuvre par la signature de l’accord-cadre institutionnel. Ce dernier ferait en effet perdre à la Suisse à moyen terme ses bonnes conditions-cadres économiques, donc sa force économique. Il serait insensé de renoncer à ces principes fondamentaux régissant l’organisation de l’Etat et la responsabilité des citoyens pour obtenir quelques simplifications économiques mineures.
9. Bien que la Suisse ne soit pas membre de l’UE, celle-ci lui demande des **contributions périodiques à son dit fonds de cohésion**. Selon les termes de l’UE, il s’agirait là du tarif d’entrée au marché intérieur UE («Déclaration conjointe UE-Suisse sur la Cohésion», p. 34 de l’accord-cadre institutionnel). Le paiement d’un tel tarif d’entrée doit être refusé par principe et pour éviter un précédent. En effet, aucun autre pays au monde n’impose ou paie un tel tarif d’entrée. Si la Suisse accepte un tel paiement, elle devrait pour de simples raisons d’équivalence en demander autant à l’UE et comme les exportations de l’UE vers la Suisse sont supérieures à celle de la Suisse vers l’UE, Bruxelles devrait payer davantage.
  10. Si, après la conclusion de l’accord-cadre institutionnel, le peuple suisse ou le Parlement osait refuser la reprise d’une disposition du droit européen, l’UE aurait le droit de «prendre des **mesures de compensation** allant jusqu’à la suspension de tout ou partie d’un ou des accords concernés» (art. 10). En clair, la Confédération donnerait à l’UE le droit de prendre des **sanctions, donc des mesures punitives** contre la Suisse si le peuple ou le Parlement refusait la reprise de droit UE.
  11. La réglementation comportant de **nouvelles clauses de la guillotine** est tout aussi inacceptable. Au lieu de supprimer la clause de la guillotine qui pèse lourdement sur les accords bilatéraux I, l’accord-cadre institutionnel impose de telles clauses non seulement aux accords actuels sur l’accès au marché, mais aussi à **l’accord-cadre lui-même** ainsi qu’une clause de la guillotine supplémentaire à **tous les accords que la Suisse devra reprendre à l’avenir** (ladite «**super-clause de la guillotine**»; art. 22). C’est dire que la Suisse sera totalement rattachée à l’UE – une preuve supplémentaire, si besoin était, que l’accord-cadre est un traité de soumission de la Suisse à l’UE. Il est hors de question que la Suisse accepte de nouvelles clauses de la guillotine.
  12. **L’interdiction des aides publiques dans le cadre du droit UE de la concurrence** frapperait la totalité des activités des cantons, des communes et de la Confédération et minerait définitivement notre régime fédéraliste, donc l’autonomie des cantons et des communes. Les instruments cantonaux et communaux comme les programmes de promotion économique, les investissements dans la force hydraulique ou les garanties étatiques données aux banques cantonales seraient menacés de disparition, tout comme notre propre **droit fiscal démocratiquement légitimé et fédéraliste**. Dans le passé, l’UE a déjà tenté de déclarer irrecevable le droit fiscal suisse dans le cadre de l’accord de libre-échange. Conformément à la juridiction UE, l’accord-cadre institutionnel serait forcément étendu à notre droit fiscal sous le prétexte de l’interdiction des aides publiques. Enfin, le mécanisme nuisible lancé par cet accord s’appliquerait à l’avenir à **l’accord de libre-échange Suisse-UE** (cf. préambule et page 35 de l’accord-cadre institutionnel).

 L’UDC invite instamment le Conseil fédéral à mettre en place rapidement un programme de mesures pour le cas où l’UE prendrait des mesures de rétorsion économiques en réaction à un éventuel refus de l’accord-cadre institutionnel. Il s’agit de préparer des mesures par analogie à la solution de remplacement que le Conseil fédéral a adoptée lorsque l’UE a refusé de reconnaître l’équivalence des bourses suisses. Enfin, l’UDC exige la mise en œuvre d’un **programme de renforcement de l’efficacité et de revitalisation de l’économie suisse**.

 La Suisse doit poursuivre sa **politique économique qui a fait les preuves de son efficacité**. Grâce à sa neutralité et son Etat de droit respecté dans le monde entier, **elle a réussi à entretenir des relations avec tous les pays du monde dans le respect des intérêts de toutes les parties**. Cette politique doit être poursuivie moyennant l’instrument efficace du libre-échange, mais en tenant compte des besoins de la sécurité nationale et de l’approvisionnement du pays.

 L’UDC invite le Conseil fédéral à **ne pas parapher et à ne pas signer le projet d’accord-cadre institutionnel, mais à le renvoyer. Il faut faire comprendre aimablement, mais fermement, à l’UE que la Suisse est certes intéressée à entretenir de bonnes relations entre partenaires égaux en droits, mais qu’elle refuse de signer un accord qui viole l’article-clé de la Constitution fédérale, à savoir la garantie de l’indépendance du pays et des droits du peuple**.







# Risoluzione per la difesa della nostra libertà e dei nostri diritti popolari – NO al trattato di sottomissione con l'UE



approvato dall'Assemblea dei delegati di UDC Svizzera del 24 ottobre 2020

**L'accordo istituzionale (InstA) fra la Svizzera e l'UE dovrebbe garantire la ripresa automatica del diritto e la competenza giurisdizionale dell'UE. Ciò viola dei valori fondamentali e gli interessi dei cittadini e dell'economia svizzeri. Per questo, UDC Svizzera respinge categoricamente l'InstA. La sottoscrizione dell'InstA sarebbe politicamente riprovevole. In particolare, l'obbligo della ripresa dinamica (= automatica) del diritto UE e il trasferimento all'UE della competenza giurisdizionale, sono delle trasgressioni gravissime della nostra Costituzione federale e violano in modo flagrante dei valori secolari fondamentali, pilastri della politica della Confederazione svizzera, sanciti anche dal Patto federale. L'accordo infrange l'indipendenza del paese, i diritti del popolo svizzero, la neutralità e il federalismo. Di conseguenza, mette a rischio il benessere della Svizzera. L'InstA equivarrebbe a una capitolazione della Svizzera.**

## Valutazione dell'InstA e richieste dell'UDC

1. **L'InstA conduce subdolamente la Svizzera nell'UE**, senza che possa votare su un'adesione. Tale trattato di dipendenza e sottomissione deve essere respinto.
2. Con la sottoscrizione, in futuro la **politica economica** e la fissazione di norme, la **politica svizzera dei trasporti** (terrestri e aerei), la **politica agricola svizzera** e le regolamentazioni inerenti all'immigrazione, incluse la **regolamentazione del mercato del lavoro** e **l'accesso alle assicurazioni sociali svizzere, saranno in gran parte decise unicamente dall'UE per il nostro paese** (Art. 2 InstA «Campo d'applicazione»). Ciò è intollerabile.
3. L'UDC sostiene i **rapporti bilaterali** anche con l'UE. A condizione che questi accordi siano stipulati di comune intesa e in reciproco interesse. L'InstA impedisce questa via per il futuro, in quanto l'UE emana le leggi per la Svizzera, e la Svizzera è obbligata a riprendere questo diritto (art. 5 InstA «Integrazione degli atti giuridici»). In questo modo, il **legislatore svizzero** – popolo e cantoni per la Costituzione, popolo svizzero e parlamento per le leggi federali e i cantoni per le loro leggi cantonali – viene **esautorato**: l'UE ordina, la Svizzera esegue. **L'InstA è l'abrogazione della via bilaterale, non il suo proseguimento.**
4. Da oltre 700 anni è sancito negli atti costitutivi e nelle Costituzioni elvetiche, che la Svizzera **non accetta giudici stranieri**. L'emanazione e l'interpretazione delle leggi svizzere spettano alla Svizzera e non all'estero. Ma nell'InstA – nonostante il tribunale arbitrale – **è alla fine la CGUE a decidere in ultima istanza, in caso di controversie**. È esplicitamente stabilito che: «La sentenza della Corte di giustizia dell'Unione europea è vincolante per il tribunale arbitrale.» La Svizzera si sottomette così al tribunale della controparte, al quale manca quindi l'imparzialità (Art. 4 InstA «Principio dell'interpretazione uniforme» e art. 10 cpv. 3 InstA). Ciò contrasta con l'indipendenza svizzera e non è accettabile.
5. Il popolo svizzero esige la **gestione autonoma dell'immigrazione** e ha in questo senso deciso, il 9 febbraio 2014, un articolo costituzionale per la gestione dell'immigrazione. L'UDC chiede con insistenza l'applicazione di questo articolo. L'InstA comporta l'esatto contrario: **in contrasto con la Costituzione federale, con l'InstA la libera circolazione delle persone sarà ancora più intensificata**. Così, per esempio, l'UE intende abrogare le misure svizzere di protezione dei salari e non esclude la ripresa delle direttive inerenti alla cittadinanza europea, cosa che contraddice esplicitamente il mandato negoziale del Consiglio federale. Tale ripresa, quale legislazione a posteriori della libera circolazione delle persone, sarebbe molto dannosa per la Svizzera e le costerebbe miliardi. La Svizzera non può riprendere tali inaccettabili obblighi.
6. È inoltre evidente che la Svizzera, qualora sottoscrivesse l'accordo, dovrebbe sostenere dei costi **esorbitanti** nei settori **della libera circolazione delle persone e dell'accesso alle nostre assicurazioni sociali**.
7. Il popolo svizzero chiede l'**espulsione degli stranieri criminali** e ha perciò deciso, il 28 novembre 2010, un articolo costituzionale che esige l'espulsione dei delinquenti la cui condanna è cresciuta in giudicato. Con l'InstA, in futuro si renderebbe impossibile l'espulsione di centinaia di cittadini UE criminali.
8. Il vantaggio economico dell'InstA viene motivato, soprattutto dai grandi gruppi industriali, con il fatto che la **certezza del diritto** ne sarebbe rafforzata. Tuttavia, nel bene e nel male, la Svizzera cederebbe gran parte della sua legiferazione all'UE, per cui sarebbe del tutto incerto cosa in futuro ci sarebbe ancora da riprendere. Ciò equivale a un **enorme peggioramento della certezza del diritto**. L'esperienza dimostra che il legislatore svizzero, che con l'InstA verrebbe esautorato, è decisamente più affidabile dell'UE

per ciò che riguarda la certezza del diritto. Laddove abbia un senso, già oggi si possono riprendere delle regole UE, laddove invece non abbia senso, non le si devono riprendere. **L'UDC fa affidamento sullo sperimentato processo legislativo svizzero.**

Le condizioni-quadro economiche della Svizzera sono superiori a quelle dell'UE. Basti pensare alla giungla di istanze UE, il livello dei tassi d'IVA, la densità di regolamentazioni, i tassi minimi d'imposizione fiscale, la regolamentazione estensiva degli aiuti statali, eccetera. Il nostro paese, grazie al diritto svizzero in materia di innovazione, alla sua competitività e alla sua forza nelle esportazioni nel settore delle merci e in quello delle prestazioni di servizi è, al contrario dell'UE, una delle nazioni leader nel mondo. Lo stesso vale per il settore della formazione. I motivi del nostro successo sono da ricercare nelle buone condizioni-quadro per l'economia, nella certezza del diritto, nell'ordinamento statale basato sulla responsabilità individuale e in un efficace partenariato sociale. Vantaggi che la Svizzera si è creata grazie alla sua indipendenza. Sarebbe catastrofico rinunciare a questo spazio di manovra con l'InstA. L'InstA cela il pericolo che la Svizzera, a medio termine, perda le sue buone condizioni-quadro, indebolendo la sua forza economica. Per poche facilitazioni economiche, non si possono gettare a mare dei pilastri politici e civili fondamentali, che hanno finora dato buona prova di sé.

9. L'UE pretende periodicamente dallo Stato non-membro Svizzera i cosiddetti **pagamenti di coesione**. Secondo l'UE, questi sarebbero la «tassa d'accesso al mercato interno UE» («Dichiarazione congiunta UE-Svizzera sulla coesione», pag. 34 InstA). Tale tassa d'accesso è da respingere già solo per motivi pregiudiziali, perché questa tassa non è pretesa né pagata da alcun singolo paese. Se, tramite l'InstA, da parte della Svizzera venissero accettati tali pagamenti, per motivi d'equivalenza anche la Svizzera dovrebbe pretendere quelli dall'UE. Tenuto conto del maggiore volume di esportazioni dell'UE in Svizzera, i pagamenti dell'UE alla Svizzera dovrebbero superare quelli della Svizzera all'UE.
10. Qualora il popolo svizzero o il parlamento osassero rifiutare la ripresa di una decisione dell'UE, l'InstA prevede delle **«misure di compensazione** che possono arrivare fino alla sospensione, totale o parziale, dell'accordo o degli accordi interessati.» (Art. 10 InstA). La Svizzera autorizzerebbe così l'UE a emettere **misure punitive, rispettivamente sanzioni** contro la Svizzera, quando il popolo elvetico o il parlamento rifiutasse la ripresa del diritto UE.
11. Totalmente inaccettabile è poi la regolamentazione che introduce ulteriori **clausole-ghigliottina**. Invece dell'annunciata abrogazione della clausola-ghigliottina per i Bilaterali I, l'InstA prevede ora delle clausole-ghigliottina non soltanto per gli attuali accordi per l'accesso al mercato, bensì anche per lo **stesso InstA**, come pure **una clausola-ghigliottina per tutti gli accordi che la Svizzera dovrà riprendere in seguito**, la cosiddetta **«Super-ghigliottina»**; Art. 22 InstA). Con ciò, la Svizzera sarà legata all'UE e l'InstA sarà definitivamente un trattato di sottomissione. Delle clausole-ghigliottina non devono in alcun caso essere accettate.
12. Il **divieto degli aiuti statali nell'ambito del diritto UE sulla concorrenza**, colpirebbe l'intera attività commerciale di cantoni, comuni e Confederazione e affosserebbe totalmente il nostro federalismo e l'autonomia dei cantoni e dei comuni. In particolare, sarebbero colpiti degli strumenti cantonali e comunali come il promovimento economico, gli investimenti nelle forze idriche o le garanzie statali alle banche cantonali. Sarebbe inoltre a rischio a tutti i livelli il nostro **diritto fiscale** federalista e democraticamente legittimato. Già in passato, l'UE – appellandosi al trattato di libero scambio – aveva tentato di dichiarare il diritto fiscale svizzero incompatibile con il trattato stesso. L'InstA, alla luce della giurisprudenza della CGUE, applicherà il concetto di «aiuti statali» anche a parte del nostro sistema fiscale. Infine, il dannoso meccanismo InstA sarà applicato in futuro anche **all'accordo di libero scambio Svizzera-UE** (Preambolo e pag. 35 InstA).

L'UDC esige con urgenza dal Consiglio federale un **piano di misure** per il caso in cui l'UE adottasse delle misure economiche di ritorsione nei confronti della Svizzera, qualora questa rifiutasse di sottoscrivere l'InstA ritenendolo irragionevole. Bisogna elaborare delle misure come quelle, per esempio, che il Consiglio federale ha adottato in alternativa al mancato riconoscimento dell'equivalenza borsistica. Altrettanto, l'UDC chiede un **aumento dell'efficienza e un programma di rivitalizzazione** per la Svizzera.

La Svizzera deve continuare con la sua **sperimentata politica economica**. Grazie alla sua neutralità e al suo rispetto dello Stato di diritto, la Svizzera intrattiene relazioni con tutti i paesi del mondo, **in reciproco accordo e mutuo interesse**. In futuro, bisogna gestire la politica economica con l'efficace strumento dell'accordo di libero scambio, prestando particolare attenzione alla sicurezza nazionale e all'approvvigionamento del paese. Bisogna continuare su questa via.

L'UDC chiede al Consiglio federale di **non parafare né firmare questo progetto di contratto bensì, al contrario, di rifiutarlo. Bisogna spiegare all'UE, gentilmente ma inequivocabilmente, che la Svizzera è interessata ad avere buone relazioni bilaterali allo stesso livello, ma che non può sottoscrivere un trattato che è contrario all'articolo 2 della Costituzione, il quale garantisce l'indipendenza del paese e i diritti del popolo.**

